

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

27. Woche für die Zeit vom 4. bis 10. Juli 1902.

Posen, den 15. Juli 1902.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 154 des Dziennik Poznański
vom 6. Juli 1902:

Gegen die polnische Presse.

Aus ganz zuverlässiger Quelle geht uns die Nachricht zu, daß nach den diesjährigen Gerichtsferien eine verschärfte Treibjagd auf die polnische Presse beginnen werde. Die königlichen Staatsanwaltschaften erhielten von Berlin aus den Befehl, von jetzt ab noch sorgfältiger, wie bisher, die polnische Presse zu prüfen und die betreffenden Blätter für jedes vom preußischen Standpunkte aus verdächtige oder beleidigende Wort zu verfolgen.

Aus Nr. 155 des Goniec Wielkopolski
vom 8. Juli 1902:

Die Sozialdemokraten

Haben bereits Posen mit der ersten Nummer ihres Blattes, der Gazeta Ludowa, (Volkszeitung) beglückt. Die Arbeit der Herren Gogowski und Kasprzak werden wir des Raum mangels wegen später einer Besprechung unterziehen. Unter dem antipolnischen Drucke fangen die Sozialisten an sich mächtig zu rühren, indem sie die Lage für ihre Zwecke ausnutzen und im trüben Wasser fischen wollen. Wie nämlich der Dziennik Rujawski mittheilt, haben sie bereits in Rujawien ihre Agitation begonnen. Auffallend ist es, daß die Sozialisten die nationale Demokratie am erbittertsten bei uns und in den anderen polnischen Landestheilen bekämpfen.

Aus Nr. 152 des Oredownik
vom 4. Juli 1902:

Der Propst und Kammerherr Wawrzyniak

wird im Auftrage des Erzbischofs den Wielkopolanin ankaufen. Sollte der Kauf zu Stande kommen, dann würde der Wielkopolanin in der erzbischöflichen Druckerei gedruckt werden. Es ist nicht bekannt, ob es zum Kaufe kommen wird; wenn man aber den mächtigen Einfluß des Erzbischofs und des Geistlichen Wawrzyniak in Erwägung zieht, so erscheint die Sache nicht unmöglich.

Aus Nr. 154 des Goniec Wielkopolski
vom 6. Juli 1902:

Erneuerung des Dreibundes.

Der Dreibund ist erneuert! In Berlin herrscht aus diesem Grunde große Freude. Leitartikel,

Telegramme u. s. w. verkündeten den großen Triumph der deutschen Diplomatie, des Reichskanzlers Grafen Bülow. Es könnte fast scheinen, das germanische Weltimperium sei bereits gekommen.

Wenn es Deutschland nicht gelungen wäre, den Dreibund zu erneuern, stünde es vollständig vereinsamt da. Die Freude Preußens, daß es ihm geglückt ist, diese Gefahr zu beseitigen, ist daher begreiflich.

Dies ist vielmehr eine Niederlage, als ein Sieg Preußens. Schutz- und Trugbündnisse führen nicht zum Weltimperium. Da es Berlin nicht gelungen ist, dem Dreibunde den tatsächlichen Charakter zu erhalten, welchen ihm Bismarck gegeben, da man sich mit der Zusicherung des bisherigen Territoriums hat bescheiden müssen, — hat man nichts Neues gewonnen, im Gegentheil, man hat in Anbetracht dessen, daß das Bündniß die Annäherung Oesterreich-Ungarns an Rußland, Italiens an Frankreich nicht verhinderte, viel verloren. Ein derartiges Ergebnis ist die Folge eines aufgeblasenen Dünkels, welcher in jeder Faser der deutschen Politik zum Vorschein kommt.

Aus Nr. 154 des Goniec Wielkopolski
vom 6. Juli 1902:

Wer heute oder morgen nach Posen kommt, kann irrthümlicherweise glauben, daß Posen eine deutsche Stadt sei, denn man hat ihr einen solchen äußeren Anstrich anlässlich des deutschen Sängerfestes gegeben. Mit bedeutendem Kostenaufwande wurden Triumphbogen errichtet, Fahnen ausgehängt und die Stadtgemeinde giebt für das Sängerfest bedeutende Mittel her, zu welchen auch die polnischen Bürger beisteuern. Keinem polnischen Vereine würden der Magistrat oder die Stadtverordneten etwas bewilligen, dem Sokol-Verein wurde der Turnsaal gekündigt, sogar seinen Ausflügen werden Hindernisse in den Weg gelegt. Weder die polnischen Gesang-, noch die polnischen Industrievereine oder auch andere Vereine, welche sämmtlich einen erhabenen Zweck verfolgen, haben sich irgend einer Unterstützung zu erfreuen. Obendrein hat noch das Stadtoberhaupt, Herr Oberbürgermeister Witting, den Polen im Herrenhause ihre Armuth vorgehalten! Durch die Veranstaltung deutscher Versammlungen in Posen kann ihm das Aussehen einer deutschen Stadt gegeben werden. Posen wird jedoch in seiner Mehrheit nach wie vor eine polnische Stadt bleiben.

Auch wird uns aus der Stadt mitgetheilt, daß das Sängerfest sich eines großen Schutzes seitens der Polizei erfreue. Eine Menge geheimer Polizeibeamten in verschiedener Verkleidung bewegt sich überall, überdies wurden bereits gestern Polizei-

beamte mit langen Säbeln, mit hohen Stiefeln und Sporen, ohne Pferde, welche sie erst heute erhalten sollen, gesehen. Wir sind jedoch dessen sicher, daß, wenn es auch keine Polizei gäbe, die Säger von polnischer Seite vollständig unbehelligt blieben, Niemand würde sie in ihrem Jubel stören, wenn sie nur selbst Niemanden herausforderten. Die polnische Bevölkerung in Posen ist politisch allzu reif und zielbewußt, um zwecklose Provokationen zu begehen.

Aus Nr. 153 des Oꝛedownik

vom 5. Juli 1902:

Aus der Krankenkasse 3.

Wir haben vor Kurzem geschrieben, die Generalversammlung der Repräsentanten der Krankenkasse 3 habe aus der Liste der Kassenärzte vier Deutsche gestrichen und vier polnische Aerzte an deren Stelle gewählt. Dadurch änderte sich das Verhältniß insofern, als auf die 22 Aerzte und Spezialärzte der Kasse 10 Polen entfielen. Unter vier Dentisten war nicht ein einziger Pole.

Jeder Unparteiische muß zugeben, daß die Polen, welche in der einschlägigen Generalversammlung bedeutend in der Mehrheit waren, mit den deutschen Aerzten überaus loyal verfahren sind, und daß sie sich eigentlich in ihren Forderungen allzu bescheiden erwiesen haben.

Die Krankenkasse 3 zählt nämlich 3000 Mitglieder, darunter über 2000 Polen. Auf die Gesamtzahl der Aerzte, Spezialärzte und Dentisten sollten also entsprechend der Zahl der Mitglieder 17 Polen entfallen, nicht nur 10. Daraus geht hervor, daß der Lärm, den die hiesigen katolischen Zeitungen anläßlich der erwähnten Generalversammlung über die polnische Dreistigkeit angelassen haben, ganz ungerechtfertigt und darauf berechnet war, die Deutschen gegen die Polen aufzuheizen, indem man über Boykottbestrebungen der Polen bewußt die Unwahrheit verbreitete.

Ungeachtet dieser Loyalität der Polen erklärte der Magistrat die Wahl der polnischen Aerzte mittelst Verfügung vom 26. Juni für ungültig, und zwar auf der gesetzlichen Grundlage, daß die Aerzterwahl nicht auf die Tagesordnung der erwähnten Generalversammlung gesetzt worden war und weil man sich deutscherseits gegen diese Wahl erklärt hatte.

Nach den Satzungen hatte der Magistrat das Recht auf seiner Seite. In der am Donnerstag Abend stattgefundenen Sitzung des Vorstandes der Krankenkasse Nr. 3 ist die Sache besprochen worden. Polnischerseits erklärte Herr Rutkowski, der Magistrat habe das Gesetz für sich, wenn er die Wahl der polnischen Aerzte annullire. Ungeachtet dessen forderte der Redner den Vorstand auf, mit diesen polnischen Aerzten, deren Wahl der Magistrat annullirt hat, die Kontrakte abzuschließen. Die Sache stellt sich nämlich so dar, daß die polnischen Repräsentanten, da sie bedeutend in der Mehrheit sind, im Falle einer Ablehnung für die Einberufung einer Generalversammlung Sorge tragen und die Aerzterwahl ganz gesetzlich vornehmen werden. Wie dann die Wahlen ausfallen werden, dafür erklärte Redner keine Bürgschaft übernehmen zu wollen. Uebrigens ist im Verhältniß zu der Zahl der Mitglieder die Zahl der polnischen Aerzte an und für sich zu klein.

Die deutschen Mitglieder des Vorstandes, welche gegenwärtig in der Mehrheit sind, erklärten,

sie würden gern die Kontrakte mit den neugewählten polnischen Aerzten abschließen, sie wünschten aber auch die Kontrakte mit den gestrichenen deutschen Aerzten zu erneuern. Die Polen antworteten hierauf, sie bestünden auf ihrer Forderung, worauf die Deutschen die Bereitschaft bekundeten, zwei jüdische Aerzte zu streichen. Es kam schließlich dahin, daß der Vorstand sich schlüssig machte, die Kontrakte mit den von der letzten Generalversammlung gewählten Aerzten abzuschließen und die betreffenden Deutschen zu streichen. Augenscheinlich haben die im Vorstände sitzenden Deutschen die Berechtigung unsrer Forderung anerkannt. Mithin stellten vernünftige Deutsche sich hier in Gegensatz zu dem Magistrat. Der Magistrat weiß wohl, daß die Forderungen der Polen gerechtfertigt waren, er hat aber dessen ungeachtet einer Bagatelle, eines Formfehlers wegen die Wahl der polnischen Aerzte für nichtig erklärt.

Jetzt gehören also nachstehende polnische Aerzte der Krankenkasse an: Patkowski, Broekere, Gantkowski, Rydlewski, Michalski, Rozujski, Smolinski und Szuman. Ihr Amt beginnt mit dem 1. August.

Es ist unschwer zu errathen, von welchen Intentionen sich der Magistrat in dieser Sache hat leiten lassen. Die große staatliche Antipolenpolitik wird jetzt im Magistrat in kleinerem Umfange getreu kopirt. Verträgt sich ein solches Verhalten mit der Stellung des Magistrats, welcher beide Nationalitäten gleichmäßig behandeln sollte? Sein Verfahren kommt ja fast einem Reizen der nationalen Gegensätze gleich.

In derselben Versammlung ersuchte Herr Rutkowski den Vorstand, er möchte auch einen polnischen Dentisten hinzuwählen, da alle vier Dentisten der Kasse Deutsche sind. Der Vorstand war mit diesem Vorschlage einverstanden, und zum Kassendentisten wurde der von seiner bürgerlichen Thätigkeit her bekannte Dentist Herr Kaniaßy angenommen, welcher in der Breslauerstraße wohnt. Sein Amt tritt er sofort an.

Schließlich berührte Herr Rutkowski noch eine prinzipielle Sache. Ihm war nämlich eine Beschwerde darüber zugegangen, daß man Kranke dahin beeinflusst habe, an welchen Arzt sie sich wenden sollten. Der Vorsitzende erklärte, er sei entschieden gegen eine solche Beeinflussung der Kranken und warne die Beamten davor. Angesichts dessen machen wir darauf aufmerksam, daß im Bureau der Krankenkasse zwei Tafeln mit den Namen der Aerzte ausliegen, und ein Jeder kann zu demjenigen Arzte gehen, der ihm gefällt.

Aus Nr. 154 des Oꝛedownik

vom 4. Juli 1902:

Betrifft Breschen.

... Daß die Posener Regierung die Breschener Katastrophe beschwören möchte, daran glauben wir nicht. Alles, was in Breschen nach dem Breschener Urtheil geschehen ist, das ist nicht nur unter den Augen, sondern auch unter der Kontrolle der Regierung geschehen. Es ist eine Phrase, daß die Entrüstung der Bevölkerung und sogar der thatsächliche Widerstand der Breschener Kinder das Ansehen der Schulbehörde bedrohen könnte, oder sogar das Ansehen der Regierung, wie sich sogar der Herr Minister Stude geäußert hatte. Die Kinder können sogar unter solchen Verhältnissen, wie sie das Gnesener Urtheil geschaffen hat, niemals irgend ein Ansehen bedrohen, und erst recht nicht das Ansehen einer mächtigen Regierung.

Jenes „Bedrohen des Ansehens“ ist geradezu eine Phrase.

Nicht mit dem tatsächlichen Widerstand der Breschener Kinder, sondern mit dem Inbewegunggerathen des Auslandes, besonders des Slaventhums rechnet man in Berlin und hier in der Posener Regierung. Das Resultat ist — ein allgemeines Zähneknirschen unter der polnischen Bevölkerung. Wo bisher der polnische Nerv im Volke fast abgestorben war, da bebt er heut. Es giebt keinen polnischen Winkel, wo nicht heut selbst die kleinen Kinder mit den Zähnen knirschen, wenn sie hören, daß Leute und Kinder aus Breschen in die weite Welt flüchten vor der Posener Polizei.

Das ist das ganze bisherige Resultat, das niemand aus den Adern des polnischen Volkes herausstrennen wird, und angesichts dessen ist es heut ziemlich gleichgültig ob die Kinder im Religionsunterricht deutsch antworten werden oder nicht und ob sie sich auf einem Maigang amüsiren werden.

Aus Nr. 149 des Goniec Wielkopolski
vom 2. Juli 1902:

Die Polinnen sollen entfernt werden!

Der Vorsitzende des Vereins „Selbsthilfe“, Dr. v. Niegolewski, erhielt von der Polizeibehörde die Aufforderung, daß die Frauen binnen 8 Tagen aus dem Verein austreten müßten, weil er ein politischer sein soll.

Was wird der Vereinsvorstand nun machen? Er hat zwei Wege: entweder sich eine Strafe zuziehen und dann gerichtliche Entscheidung anzurufen und die Sache durch alle Instanzen durchzuführen — oder sämtliche Polinnen in der Vereinsmitgliederliste zu streichen. Im ersten Falle liegt die Sache zweifelhaft, wie wir dies in den vielen ähnlichen Prozessen gesehen haben, trotzdem aber darf die Sache nicht so ohne Weiteres hingenommen werden, denn die Thätigkeit des Vereins „Selbsthilfe“ kann als eine politische betrachtet werden.

Interessant ist die Begründung der wohlwollenden Polizei, daß der Verein „Selbsthilfe“ deshalb ein politischer sei, weil dessen einzelne Mitglieder sich an polnischen Versammlungen betheiligt und dort für den Verein agitirt hätten. Der Verein „Selbsthilfe“ kann doch unmöglich dafür verantwortlich gemacht werden, was seine Mitglieder außerhalb des Vereins machen, denn ebenso könnte man verlangen, daß die Beamten ihres Amtes entbunden würden, weil sie dem Ostmarkenvereine angehören, und dies geschieht nicht. Wenn die Vereine aus dem Grunde als politische betrachtet werden sollten, weil deren Mitglieder sich außerhalb derselben mit Politik befassen, so würde es in Deutschland auch nicht einen nicht politischen Verein geben.

Im zweiten Falle würde sich der Verein „Selbsthilfe“ viele Weitläufigkeiten ersparen, wenn er die Frauen in der Mitgliederliste striche. Der Eifer der Polinnen würde dadurch nicht geringer werden, im Gegentheil, die unfreiwillige Streichung ihrer Namen als Vereinsmitglieder würde einen Ansporn zu einem um so größeren Eifer bei der Ertheilung des polnischen Sprachunterrichts an die polnischen Kinder bilden. In Familienangelegenheiten kann die Polizei sich nicht einmischen, an der Thür der polnischen Familie erreicht ihre Macht ein Ende. Die ausgeschlossenen Polinnen werden nicht verfehlen, auf die Umgebung der polnischen Kinder Einfluß dahin auszuüben, daß diese sich mehr um

sie kümmern. Auch das kann ihnen die Polizei nicht verwehren.

Derartige Verbote können uns nur einander nähern. Diejenigen Frauen, welche in dem Verein „Selbsthilfe“ so ausgezeichnet ihre Aufgabe begriffen und erfüllt, werden, dessen sind wir sicher, nicht aufhören, weiter zu arbeiten, wenn sie auch nicht mehr Mitglieder sein werden. Der Unterschied wird nur der sein, daß sie, anstatt in organisirter Gruppe zu marschiren, einzeln vorgehen werden, was keineswegs ihre erprießliche Thätigkeit vermindern wird.

Aus Nr. 155 des Dziennik Poznański
vom 8. Juli 1902:

Betrifft den Verein „Selbsthilfe“ (Samopomoc).

Am Sonnabend fand im katholischen Vereins- hause eine außerordentliche Generalversammlung des Vereins „Selbsthilfe“ zwecks Berathung darüber statt, welche Schritte angesichts des Schreibens des Polizeipräsidenten, Herrn v. Hellmann, welches den Austritt der Frauen aus dem Verein anordnet, zu unternehmen seien. Eröffnet wurde die Versammlung durch Dr. v. Niegolewski. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Rozuszkiewicz gewählt.

Nach Verlesung des Schreibens des Herrn v. Hellmann entspann sich eine lebhafte Debatte über dasselbe, welche zu dem Beschlusse führte, daß die Frauen, unter dem Druck des Polizeipräsidenten, einstweilen aus dem Verein austreten sollten, dieser aber sein Recht suchen und alle gesetzlichen Instanzen durchgehen werde. Wahrscheinlich wird also die Angelegenheit, betreffend den Ausschluß der Frauen aus dem Verein „Selbsthilfe“ vor die Schranken des Obergerichtes gelangen.

Aus Nr. 152 des Dziennik Poznański
vom 4. Juli 1902:

Das Kinderheim. (Przytulisko.)

ist polizeilich aufgehoben worden.

Von dem Verbote der letzten Volksversammlungen an begann bei uns eine verdoppelte antipolnische Reaktion. Zunächst wurde den Frauen befohlen, aus dem Verein „Selbsthilfe“ auszutreten, jetzt wird die unschuldigste aller Anstalten, das Kinderheim, geschlossen, in welchem etwa 100 Kinder leiblich gestärkt wurden und Gelegenheit fanden, ihre Schulaufgaben für den folgenden Tag in Ruhe und Bequemlichkeit zu machen. Aber auch hierin wurde Politik erblickt, namentlich deshalb, weil die beaufsichtigenden Personen mit den Kindern polnisch sprachen. Das Kinderheim ist eine vollständig private Wohltätigkeitsanstalt und keine Schule; es kann deshalb auch der Disziplin der Schulbehörden nicht unterliegen. In Berlin wimmelt es von derartigen deutschen Anstalten und die Schulbehörde kümmert sich um sie garnicht. Wenn es bei uns anders ist, so geschieht es gesetzwidrig und die verantwortlichen Instanzen des Kinderheims müßten dafür sorgen, daß sie sich von der widerrechtlichen Obergewalt befreien. Im vorliegenden Falle werden sie bei der nächsten höheren Instanz Einspruch erheben und da diese zweifellos die Schließung bestätigen wird, werden sie sich wohl an alle Instanzen, die behördliche, parlamentarische und gerichtliche Instanz, wenden müssen.

Aus Nr. 149 des Lech

vom 3. Juli 1902:

Ein gewisser Standesbeamter

in Gnesen weigert sich die Namen der neugeborenen Kinder so einzutragen, als wie sie von den Eltern angegeben werden. Wir haben Kenntniß von einem Falle, in welchem er die Tochter des Besitzers Pietrzak aus Joziehowo durchaus als Wladisława und nicht als Władysława eintragen wollte. Doch der Vater des Kindes sträubte sich dagegen und bestand auf seiner Forderung. Es ist gar nicht Sache des Beamten, darüber nachzuforschen, ob der Name ein polnischer, deutscher oder französischer ist; er hat nur die Pflicht, den Namen des Kindes so einzutragen, als wie es die Eltern wünschen. Die reichen Juden geben ihren Kindern niemals deutsche Namen, sondern, damit es besser klinge, französische oder englische, wie Jacques statt Jakob, John statt Johann, Georges statt Georg u. s. w. Und was soll man erst von den deutschen Namen sagen, die in keinem Kalender enthalten sind, wie Lilly, Emmy, Pepi, Baleska, Käthe, Mary, Venus u. s. w. Mögen die polnischen Eltern darauf achten, daß ihre Kinder in die Taufbücher eingetragen werden: Andrzej, Franciszek, Ignacy, Mieczysław u. s. w. Der Standesbeamte hat kein Recht, diese Eintragungen abzulehnen. Wenn er sich weigern sollte, so mögen die Eltern das Protokoll nicht unterschreiben und ihm Folgendes sagen: „Herr Standesbeamter, ich habe den Namen des Kindes angegeben, ich habe angezeigt, daß es mir geboren wurde und habe gethan, was das Gesetz verlangt. Ein zweites Mal werde ich nicht mehr herkommen, denn meine Zeit ist mir zu kostbar.“ Eine höfliche Verbeugung — und dann gehe man nach Hause.

Auf solche Streitigkeiten und Schwierigkeiten, welchen unser polnisches Volk durch die Reibereien mit den Behörden ausgesetzt wird, gründet sich die „großpolnische Agitation“. Oft kehrt der ruhige polnische Mann von der Behörde als besserer Pole zurück, als er es beim Ueberschreiten der Schwelle der preußischen Behörde gewesen war. Nur so weiter, und jeder von uns wird um so mehr ein eifriger polnischer Patriot, trotz des Verbots der Versammlungen und der Ausmerzungen der polnischen Sprachen aus den Schulen und dem Amtsverkehr.

Aus Nr. 149 des Lech

vom 3. Juli 1902:

Von der höheren Töcherschule.

Gnesen.

In der hiesigen höheren Töcherschule wurde bei den Schülerinnen der höheren Klassen nachgefragt, ob sie nicht einen Zirkel zur Pflege der polnischen Geschichte und Litteratur bildeten. Jetzt scheint es schon so weit zu kommen, daß, wenn zwei Polen die Straße entlang gehen, man überall nachspürt, ob sie nicht eine geheime Verbindung bildeten.

Aus Nr. 149 des Lech

vom 3. Juli 1902:

Vom Gymnasium.

Gnesen.

Die Obertertia des hiesigen Gymnasiums heuchelte Franziszek Jackowski, dessen Vater — ein

Pole — früh verstarb. Die Mutter, eine Deutsch-Katholikin, verzog nach dem Tode ihres Mannes von Radziejewo bei Schroda, wo sich die Besitzung der Jackowski's befand, nach Breslau und hier verlernte ihr Sohn Franziszek das Polnische vollständig. Eingedenk der Worte des Vaters, seinen Sohn als Polen zu erziehen, übergab ihn die Mutter einer polnischen Familie und ließ ihn das Gymnasium in Gnesen besuchen, wo er die Klassen von Quarta bis Obertertia absolvierte. Allein im Frühjahr dieses Jahres fand einer der Professoren eine Visitenkarte mit der Aufschrift: „Franziszek Jackowski.“ Welch' Entsetzen! Es beginnen Nachforschungen, woher Jackowski, welchen die Professoren bisher für einen Deutschen hielten, die polnische Visitenkarte habe! Und als es sich herausstellte, daß er in Gnesen ziemlich gut Polnisch gelernt hatte, schrieb der Direktor an seine Mutter in Breslau, um ihn so schnell wie möglich aus Gnesen fortzunehmen, denn es läge Gefahr vor, daß sich ihr Sohn verpolnische.

Gestern hat der junge Jackowski das hiesige Gymnasium verlassen und zur Beruhigung der Schulbehörde theilen wir mit, daß ihn seine Mutter auf das Gymnasium nach . . Krakau giebt.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 303 des Kurier Poznański

vom 5. Juli 1902:

In Thorn in Umlauf befindliche Gerüchte.

Merkwürdige Wege wählt sich in der That die Germanisirungspolitik. Sie hat nach den Theilungen die polnische Volksgesamtheit so schwach in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht, so wenig bemüht in ihren breitesten Schichten angetroffen, daß die Frage der Verdeutschung Westpolens nur eine Frage der Zeit zu sein schien. Und in der That hat auch, solange die eigene Initiative den slavischen Polen retten sollte, der Germanisierungsprozeß geradezu ungeheure Ausdehnung angenommen.

Einer der polnischen Schriftsteller arbeitet gegenwärtig an einer Geschichte der deutschen Idee in Polen, von den ältesten Zeiten an bis zur Ära Caprivi und dem gegenwärtig bei uns obwaltenden Thatbestand. Wir haben in unserem Blatte mehrfach nachgewiesen, daß gerade das von den Deutschen selbst uns gegenüber beliebte Auftreten an der Weckung des Nationalbewußtseins der Polen sehr bedeutend Antheil hat. Wir wagen zu behaupten, daß sich trotz alles Vorgefallenen, sofern heut durch irgend ein Wunder wiederum ein „neuer oder der neueste Kurs“ entstehen und sofern die Regierung unter Anbietung einiger unwesentlicher Zugeständnisse und vor Allem unter verschiedenartigen Schmeicheleien gegenüber der polnischen Eitelkeit zur Politik des Grafen Caprivi zurückkehren würde, sich sofort auf unserer Seite viele bereite und leichtgläubige Leute finden würden.

Und diesen sanften, demüthigen slavischen Charakter stählen die Deutschen jetzt; sie rufen manchmal solche Erscheinungen hervor, daß sich die Freunde des gegenwärtigen Kurzes fürwahr gratuliren können. Eine der interessantesten Erscheinungen ist die von der Regierung in militärischen Angelegenheiten befolgte Politik. Bei uns hat man bereits die militärischen Sphären auf das politische Terrain der polnisch-deutschen Streitigkeiten gelenkt.

Wir haben davon gehört, daß man verboten hat, bei Polen zu kaufen, wir haben von verschiedenen, von Offizieren gehaltenen sozialpolitischen Reden gehört, man kann mit einem Worte feststellen, daß wir eine neue charakteristische Erscheinung, die der Politik im preußischen Heere vor uns haben. Ob das im Interesse des Heeres liegt, das ist Sache der maßgebenden Kreise. Augenscheinlich gefällt diese Taktik den einschlägigen Kreisen. In merkwürdigem Lichte erscheinen jedoch gegenwärtig verschiedene Gerüchte, welche auf das Anwachsen der Politik in den Reihen der Soldaten selbst ein Licht zu werfen scheinen.

Und zwar erzählt man sich in Thorn, daß sechs polnische Soldaten aus dem dortigen Infanterieregiment in Uniform unter Mitnahme der Gewehre über die Grenze nach Rußland entwichen seien: Die Uniformstücke sandten sie der Militärbehörde wieder nebst einem Briefe etwa folgenden Inhalts: „Die Uniformen senden wir zurück, denn preußische Uniformen werden wir nicht tragen, wir behalten aber die Gewehre; dieselben werden uns gegen Euch von Nutzen sein!“ Man erzählt sich, das sei noch vor der Marienburger Rede passiert, der Brief sei zur Kenntniß des Kaisers gelangt und habe auf seine Rede Einfluß ausgeübt.

Ferner erzählt man sich, die russische Regierung sende die polnischen Deserteure zu irgend einer Abtheilung im Kaukasus, und es gebe daselbst schon eine ganze Anzahl solcher Leute. In Thorn soll eine Untersuchung eingeleitet worden sein, denn der Umstand, daß sechs Leute mit einem Male entwichen sind, soll angeblich von einem in der preußischen Armee unter den Polen bestehenden Einverständnis zeugen. Den deutschen Zeitungen hat man bedeutet, nichts davon zu schreiben.

Wir wissen nicht, ob diese Gerüchte auf Wahrheit beruhen. Thatsache ist, daß sie in Thorn kursiren, und diese Thatsache an sich ist sehr auffallend. Sollten das schon die Resultate dessen sein, daß man die Politik in die Angelegenheiten des Heeres hineinbringt, in welchem einige Zehntausende Polen dienen?

Aus Nr. 79 der Gazeta Grudziadzka

vom 3. Juli 1902:

Die Ziege kam zum Wagen.

(Sprüchwörtliche polnische Redensart.)

Einer derjenigen Abgeordneten, die mit den Stimmen des polnischen Volkes in Oberschlesien gewählt worden sind, ist der Präsident des Reichstages, Graf Ballestrem. Dieser Herr ist dadurch bekannt, daß er seiner Zeit erklärte, die polnischen Agitatoren müssen auf's Maul geschlagen werden und daß er vor noch nicht langer Zeit jene Germanisations-Theater, deren Ziel es ist, das polnische Volk zu germanisiren, eifrig unterstützte.

Gegenwärtig, wo das polnische Volk in Oberschlesien zu seinem Vortheile daran zu denken beginnt, sich um polnische Abgeordnete zu bemühen und nicht mehr solche Centrumsmänner zu wählen, die die Interessen des polnisch-katholischen Volkes sehr schlecht vertreten, ist der Herr Graf Ballestrem, seine „Verdienste um die Bekämpfung der polnischen Agitation“ kennend, sehr richtig gewahr geworden, daß auch an ihn die Reihe kommt und daß er einer der Ersten sein wird, denen das polnische Volk Oberschlesiens den Stuhl vor die Thür setzen wird.

Er nahm Veranlassung, sich bei Zeiten rein zu waschen, um sich bei den Wahlen in den Augen seiner polnischen Wähler als aufrichtiger Freund der Polen aufspielen zu können.

Zur Erreichung dieses Zieles beeilte sich der Herr Graf in Beuthen auf einer Versammlung der Centrumsvertrauensmänner folgende Erklärung zu verlesen: „So oft ich öffentlich in der Angelegenheit der polnischen Sprache geredet habe, bin ich nicht nur dafür eingetreten, daß der Religionsunterricht in allen Stufen, sondern auch dafür, daß überhaupt polnischer Sprach-Unterricht erteilt werden müsse und zwar aus folgenden Gründen: Erstens, damit die Kinder, die polnische Sprache beherrschend, dem Religionsunterricht mit Erfolg folgen können, und zweitens deshalb, weil ich die Ueberzeugung habe, daß jeder Mensch das angeborene Recht zum Erlernen seiner Muttersprache hat. Wenn die Regierung die Kinder zum Besuch der staatlichen Schulen anhält, hat sie die Pflicht, dem angeborenen Recht Genüge zu thun. Ich meine, daß die mit dem Volke in Berührung kommenden Beamten, sowohl mit Rücksicht auf das Wohl des Volkes als auch auf dasjenige der Regierung, die Sprache des Volkes wenigstens bis zu einem bestimmten Grade beherrschen müßten, damit sie nicht nöthig haben, sich der Dolmetscher zu bedienen. In meinen jungen Jahren verweilte ich einige Jahre in Galizien und ich habe dort so polnisch gelernt, daß nicht zu unterscheiden war, ob ich ein Deutscher oder Pole sei. Seit dem sind 40 Jahre vergangen und ich hatte keine Gelegenheit, mich im Polnischen fortzubilden, sodaß ich aus der Uebung gekommen bin, doch verstehe ich alles und hatte häufiger Gelegenheit, Irrthümer der gerichtlichen Dolmetscher richtig zu stellen.“ Könnte man da nicht weinen vor innerer Rührung, wie dieser Herr Graf für die Polen süß eingenommen ist, wie er ihnen wohl will und daß er so gnädig war — in seiner Jugend sogar polnisch zu sprechen! Zwar hat der Herr Graf heute schon die polnische Sprache vergessen, aber dafür ist er auch heute Abgeordneter des polnischen Volkes, welches duldsam und nicht dreist genug ist, zu verlangen, daß sein Abgeordneter zum Mindesten im Stande wäre, sich mit ihm in polnischer Sprache zu verständigen.

Wir sind jedoch der Meinung, daß das polnische Volk in Oberschlesien und zwar die Wähler des Wahlbezirks des Herrn Grafen Ballestrem sich durch dieses sein Zartgefühl und seine süße Zusage nicht rühren lassen, sondern diese Empfindsamkeit mit dem alten Sprüchwort deuten:

„Die Ziege kam zum Wagen.“

Der Herr Graf möchte auch fernerhin im Reichstage sitzen und zwar Präsident des Hauses sein, denn das ist keine geringe Ehre und kein geringes Amt und manchmal kann man in diesem Amte an hohen Tischen sitzen und mit hohen Persönlichkeiten verkehren, deshalb wünscht er, daß seine bisherigen polnischen Wähler wieder für ihn stimmen sollen und darum gebraucht er solche rührende Wendungen.

Die polnischen Wähler des Herrn Grafen sollten ihm diese Ehren auch nicht mißgönnen. Gewiß, mag er Präsident sein, mag er die Ehren genießen! Aber wieso soll gerade das polnische Volk dem Herrn Grafen Ballestrem zur Erlangung dieser Ehren verhelfen? Etwa dafür, daß er die polnischen Agitatoren, also die rechten Polen, auf's Maul schlagen wollte? Oder etwa dafür, daß er jene umherziehenden Theater zur Förderung des Deutschthums unter diesem Volke unterstützte?

Mag also der Herr Graf bei Zeiten sich nach einem neuen Wahlbezirk in rein deutscher Gegend umsehen, denn schließlich kann der Präsident des deutschen Reichstages seine Wahl doch nicht den Polen verdanken!

Die Wähler des Wahlbezirk des Herrn Grafen Ballestrem sollten auf keinen Fall und unter keiner Bedingung von Neuem für den Herrn Grafen Ballestrem stimmen, denn die ganze Welt würde sie auslachen und sie als Leute ohne Ehre verachten!

Aus Nr. 4 (Zulnummer) des Sokół:

C u l m s e e.

Am 8. Mai fand die Generalversammlung unseres Sokółvereins statt. Obgleich wir vor 7 Jahren bei der Gründung des Vereins mehr Mitglieder hatten als jetzt, besonders ältere, welche zum größten Theil ausgetreten sind, so setzt sich dafür jetzt unsere Schaar überwiegend aus aktiven Turnern zusammen, sodaß man sich freut, wenn man während der Übungsstunde den Turnsaal betritt.

Der Kassenbestand betrug etwa 100 Mark baar außer den Turngeräthen. Unser Verein zählt nur 40 Mitglieder; die älteren Mitglieder sind zum größten Theil ausgeschieden, dafür werden wir, obgleich wir altern, die Sokółstandarte nicht verlassen.

In den Vorstand sind folgende Kameraden gewählt worden: M. Brylinski, Vorsitzender, L. Napiorkowski, Vertreter, K. Kosinski, Schriftführer, Derybowski, Vertreter, J. Lewandowski, Turnwart, L. Malazkowski, Vertreter, Jungbluth und Jeskiewicz, Geräthewarte. In die Revisionskommission wurden die Kameraden Matlinski, Napiorkowski und Depczynski gewählt, zu Fahmenträgern die Kameraden Derybowski, Dybowski und Lewandowski II.

An öffentlichen Turnvorführungen hat unser Verein stets lebhaft sich betheiligt, sowohl auf der Arena, als auch bei Sommerausflügen und bei Turnfesten.

Im laufenden Jahre wird unser Verein ein Gaufest veranstalten. Wir hoffen, daß der Gau dies Unternehmen durch zahlreiche Betheiligung von aktiven Turnern unterstützen wird.

Michael Brylinski, Konstantin Kosinski,
Vorsitzender. Schriftführer.

Aus Nr. 150 der Gazeta Toruńska

vom 2. Juli 1902:

Unter Bezugnahme auf den Bericht im Graudenger Geselligen (Nr. 149), betreffend die Generalversammlung des Gustav-Adolfvereins für Westpreußen meint die Gazeta Toruńska: „Das muß man sagen, ein in jeder Beziehung nachahmenswerther Eifer! Und weshalb wird er nicht nachgeahmt? Weil bei uns fast Alles schläft oder nicht. Et dormiunt multi! Die Wächter Zions wecken, um nicht als polnische Agitatoren zu gelten, setzen zur Wachsamkeit und Arbeit; die Dekanalkongregationen verlaufen rein formell, die Diözesanverwaltung theilt keine Organisationslosungen aus und daher lassen wir uns von den Lutheranern in der kirchlichen Agitation, die bei ihnen ein so glänzendes Bild bietet, zuvorkommen. Wo Bewegung, da Leben, wo Stodung, da Tod.“

Und woher dieser Mangel an Verbindung zwischen der bischöflichen Behörde und dem Klerus,

sowie der Diöcese? Nun, in Folge des finsternen und deprimirenden Mißtrauens gegenüber der geistlichen Behörde, die wir gemäß verschiedener, ihrerseits nicht richtiggestellter Vorgänge leider als im Sinne unserer Gegner handelnd ansehen müssen.

Aus der Provinz Schlesien.

Aus Nr. 294 des Kuryer Poznański

vom 29. Juni 1902:

Hochburgen des Deutschthums in den Beskiden.

Die Thätigkeit des deutschen Beskidenvereins für Oesterreich-Schlesien wächst immer mehr. Wie bekannt, haben die Deutschen schon die ganzen Beskiden in Oesterreich-Schlesien in ihre Herrschaft genommen.

Sie haben dort eine schöne Schutzhütte auf der Wissağora, auf der Guta Slawicz, auf der Jaworow'er und Ramiger Platte bei Klimczok gebaut. Gegenüber dieser Thätigkeit des erwähnten Vereins haben sich die Polen bis heutigen Tags gleichgültig verhalten und sie geringgeschätzt. Es hat sich aber leider gezeigt, daß diese Schutzhütten wahre Festen des Deutschthums in Oesterreich-Schlesien geworden sind. Nach ihrem Aufbau ziehen die Deutschen jetzt ihre Brüder aus allen Gegenden, und besonders aus Deutschland in die Beskiden, wo für sie alles so bequem hergerichtet ist. Tagtäglich besuchen immer größere Schaa ren von Touristen und Touristinnen diese schönen polnischen Berge; sie unterstützen die dortigen Deutschen materiell und regen sie an zu ausdauerndem Kampfe gegen die Polen. Letztere werden, wie man in den Fremdenbüchern lesen kann, von den Touristen mit Schmähungen überhäuft.

Am Fuße der Beskiden haben die Deutschen schon dafür gesorgt, daß kein Groschen in polnische Hände gelange. In Teschen, Friesland, Friedeck und fast in jedem größeren Dorfe haben sie ihre Lokale, von welchen die Touristen aus den „Reiseführern“ erfahren. Auch entnehmen sie aus den Aufschriften dieser Herbergen, daß dieselben für die Besucher der Beskiden bestimmt seien. Noch mehr bedroht sind die Berge bei Bieltz und Biala und nicht minder diese Städte selbst, da das Zu strömen von preußischer Seite oder vielmehr aus dem ober-schlesischen Industriebezirk her ungeheuer groß ist. Daß die Polen keinen Nutzen davon haben, dafür wissen die Deutschen wohl zu sorgen.

Jetzt ist Oesterreich-Schlesien schon zu klein für die Thätigkeit des Beskidenvereins, und die Ratto-wizer Abtheilung desselben soll in Kurzem eine neue Schutzhütte auf dem Josephsberge auf galizischem Territorium errichten. Aber gegenwärtig greift die Thätigkeit der Deutschen schon weiter. Allmählich, aber energisch bahnen sie sich jetzt den Weg auf die Baraniagora, die Babiagora und den Pilsko. Und was thut Galizien dem gegenüber?

Ein Fehler wäre es, eine solche Schutzhütte noch weiterhin gering zu schätzen. Wir wissen, was sie in den Alpen bedeuten, jetzt wissen wir auch, welche Bedeutung sie in Oesterreich-Schlesien haben. Das wissen auch die Deutschen sehr wohl, und sie sind aufs Energischste bestrebt, mit Hilfe solcher Mittel immer weiter ins Slaventhum vorzudringen. Und wieviel deutsche Vereine bestehen schon, die nach dieser Richtung hin thätig sind! Die Deutschen

haben ihren mächtigen Alpenverein, Karpathenverein, Sudetenverein u. s. w. Und die Polen? Sie haben, wenn ich nicht irre, den einzigen Latawiecverein gegründet. Es wäre daher Zeit, daß die Polen die Wichtigkeit solcher Schutzhöfen kennen lernen und Vereine gründen, um, wenn auch nur auf rein polnischem Boden, der gefährlichen weiteren Thätigkeit des Beskidenvereins vorzubeugen.

Aus Nr. 149 des Górnolazak

vom 1. Juli 1902:

K r a s k o w i e c.

Von einem neuen Propst-Germanisator theilt man uns aus Kraszkowiec Folgendes mit:

In Uchylsk wurde eine Versammlung behufs Gründung eines polnisch-katholischen Vereins einberufen. Um 5^{1/2} Uhr eröffnete Herr Wiada mit dem Grusse: „Gelobt sei Jesus Christus“ die Versammlung und erteilte sodann dem Herrn Propst das Wort, welcher jedoch von der Gründung des Vereins mehr abredete, als dazu aufmunterte. Der Propst war dafür, daß die Sitzungen nur monatlich abgehalten werden sollten, oder aber, daß ein rein kirchlicher Verein gegründet werde. Einen ganz anderen Vorschlag machte der Besitzer Herr Kolebacz aus Kraszkowiec, welcher den Nachweis führte, daß in unserer Gegend ein polnischer Verein durchaus notwendig wäre. In gleichem Sinne hatte sich auch Herr Wiada ausgesprochen.

Hierauf nahm der Propst das Wort, welcher durch seine Rede die Zuhörer geneigt machen wollte, einen polnisch-deutschen Verein zu gründen und ihm den Namen Katholischer Volksverein zu geben. Er erwähnte auch, daß man gelegentlich der kirchlichen Feiertage deutsch oder lateinisch lernen und in diesen Sprachen in der Kirche singen könne. Der Besitzer Herr Kolebacz trat diesem Vorschlage mit der Begründung entgegen, daß man die deutsche Sprache genügend in der Schule gelernt habe und daß der Verein der Pflege unserer Muttersprache dienen solle. Gleichzeitig stellte er den Antrag, daß die Versammlung die Gründung eines polnisch-katholischen Vereins beschließen möge. Dieser Antrag wurde von den Herren Wiada und Szczyrba unterstützt. Der Propst wollte jedoch hierauf nicht eingehen und verlangte, daß der Verein entweder ein weltlicher oder ein kirchlicher werde; auch erklärte er, nur einem kirchlichen Vereine beizutreten. Aus diesem Grunde forderte Herr Adamczyk aus Uchylsk diejenigen auf, sich von ihren Plätzen zu erheben, welche für den Antrag der Herren Kolebacz, Wiady und Szczyrba stimmten. Weil die überwiegende Mehrheit für den Antrag stimmte, entfernte sich der Propst, indem er sagte: „Wenn ihr einen nationalen Verein haben wollt, so muß ich gehen“ — und er ging. Nachdem sich der Propst entfernt hatte, begann das Verlesen der Statuten, mit welchen sich Alle einverstanden erklärten. Der Verein wird „Polnisch-katholischer Männer- und Jünglingsverein“ heißen. Dem Vereine traten sofort ungefähr 40 Mitglieder bei. Zum Vorsitzenden wurde Herr Wiada aus Groß-Gorzyc gewählt. Die Sitzungen werden jeden zweiten Sonntag stattfinden. Die Polizei wurde durch einen Gendarmen aus Gorzyc vertreten.

Auf dieser Versammlung zeigte es sich, daß die Propste mit uns, wenn wir uns offen zum Polenthum bekennen, keine Gemeinschaft haben wollen. Es ist möglich, daß sie dies in der Besorgnis vor irgend welchen Unannehmlichkeiten thun.

Waren wir Polen denn nicht auch verschiedenen Unannehmlichkeiten ausgesetzt, als wir während des Kulturkampfes treu auf Seiten der Geistlichen standen?

Obecny (Pseudonym).

(Dem jungen Verein wünschen wir die besten Erfolge und die schönsten Früchte der Arbeit, welche er unter so schwierigen Verhältnissen unternommen hat. Den Begründern rufen wir ein „Heil“ zu. D. Red.)

Aus Nr. 79 des Wiarus Polski

vom 27. Juni 1902:

B u d k o w i t z.

Unser katholischer Verein geht seinem Verfall entgegen! Als wir unseren Verein gründeten, glaubten wir, daß er ein polnischer Verein wie in Oppeln oder in anderen Orten werden würde; aber schon bei der Begründung fanden wir in den Statuten solch einen unschuldigen Paragraphen, welcher den Verein zu einem gemeinschaftlichen polnischen und deutschen machte. Deshalb kam es gleich zu Anfang wegen dieses Paragraphen zu einer scharfen Polemik, weil einige Personen gegen diese Gemeinschaft waren.

Aber auch nicht ein Deutscher hatte von diesem Verein Nutzen gezogen, denn es giebt hier außer einigen aus Polen umgewandelte, keine Deutschen. Doch der Paragraph besteht wie zuvor und hat schon mehr als einmal Zwietracht hervorgerufen. Weil in den letzten Jahren sich hier eine sogenannte „versöhnliche“ Strömung bemerkbar machte, begann der Verein zu schwanken; doch einige Bürger bestanden fest darauf, daß der Verein so wie bisher ein polnischer Verein bleiben und in keine Gemeinschaft eingehen sollte. So waren damals im Ganzen nur zwei Herren dafür, daß der Verein einen deutschen Anstrich erhalte, und scheinbar nur deswegen, damit wir mehr Ruhe hätten. Aber ich zweifle an solche erträumte Ruhe, denn es ist doch besser in gerader Richtung und sicher zu fahren, als auf Umwegen. Als wir unsere Sitzungen von Herrn Romandy zu Herrn Brzewloski verlegten, versprach uns ein Herr ebenfalls dem Verein beizutreten, wenn wir unsere Sitzungen nach dem Hotel „Germania“ verlegen würden, und jedenfalls würden mit ihm noch mehr Personen dem Verein beitreten, da er eine einflußreiche Person sei. Aber als wir unsere Sitzungen noch nicht zwei ganze Jahre hindurch dort abhielten, da mied jener Herr den Verein allmählich, und dazu ist uns jetzt auch der Saal zur Abhaltung der Sitzungen verlagert worden, weil die „Honorationen“ in der „Germania“, in welcher die Polen Unterkunft gefunden haben, nicht verkehren wollten und die Polizei dem Wirthe sowie dem Hausbesitzer verschiedene Schwierigkeiten bereite. Es blieb uns also jetzt weiter nichts übrig, als für die Sitzungen ein Privatzimmer zu miethen oder den Verein aufzulösen, da, wie wir schon oben erwähnten, uns ein Herr den Rath gab: der Verein solle sich einen deutschen Anstrich geben. Ich bin entschieden dagegen, denn ein zum Kritischen (Epitheton der Ueberf.) umgearbeiteter Pole sieht lächerlich aus. Mein Rath geht dahin, den Verein nicht aufzulösen, aber ein anderes Unterkommen für ihn zu suchen und streng den Charakter eines katholisch-polnischen Vereins zu wahren.

Anmerkung der Redaktion: Wir sind mit den Ausführungen des Korrespondenten vollkommen einverstanden. Versöhnungsversuche

spukten schon vor längerer Zeit in Budkowitz und dem muß einmal damit ein Ende gemacht werden! Die gemachten Erfahrungen mit den letzten Reden über „polnischen Uebermuth“ über „Kaninchen und Hasen“ und ähnliche, müssen uns überzeugen, daß wir in eine Gemeinschaft nicht eingehen können; denn es verlegt doch unsere nationale Würde, wenn wir Nüsse erhalten und uns dennoch als geduldige Lämmer zeigen und um eine Veröhnung bitten, die Niemand mit uns eingehen will. — Demjenigen, welcher abhängig ist und sich fürchten muß, klar und offenherzig in der vaterländischen Sache zu sein, wird es Niemand übel nehmen, wenn er sich vom Verein fern hält. Den Gastwirthen oder Gemeindevorstehern zum Gefallen darf man aber einen Verein Gefahren nicht aussetzen. Allerdings habt ihr zu unserem größten Erstaunen dort auch schon einen „Kriegerverein“ gegründet. Seiner Zeit nahmen wir von diesem Ereigniß keine Notiz, denn das Schweigen zu gewissen Zeiten ist auch ein berechtigtes Urtheil. Die Verfolgungen darf man nicht fürchten. Auch die Christen haben die Widerwärtigkeiten mannhaft ertragen, ohne daß sie sich zum Scheine mit dem Mantel der Veröhnung bedeckten. Unsere nationale Sache war immer eine Sache unseres heiligen Glaubens, und ist es auch heute noch, denn wir wissen, wohin die Germanisation führt! . .

Aus Nr. 52 der Gazeta Opolska
vom 1. Juli 1902:

Von unserer Sache.

In letzter Zeit sind die Post- und Eisenbahnbeamten in Oppeln von ihren vorgesetzten Dienststellen darüber befragt worden, in welcher Bank sie ihre Gelder anlegten oder welcher Bank sie als Mitglieder angehörten. Es handelte sich augenscheinlich um die Feststellung, welche Beamten zu der Volksbank (Bank Ludowy) in Oppeln in Beziehung ständen.

Wie wir erfahren, soll denjenigen Beamten, welche der polnischen Bank in mittelbarer oder unmittelbarer Form angehören, aufgegeben worden sein, ihren Austritt aus der Bank zu bewirken.

Wir wissen nicht, wie sich die Beamten verhalten werden, ob sie austreten oder nicht! Bis zu dieser Zeit hat nur ein Beamter der Bank erklärt, in Folge eines Druckes von oben, seine Beziehungen zur Volksbank lösen zu müssen. Unserer Ansicht nach hat jedoch Niemand das Recht, in dieser Weise einen Druck auf die Unterstellten auszuüben. Handelt es sich doch hier um die Taschen und das Vermögen derjenigen Leute, welchen diejenigen, die jetzt einen Druck auf sie ausüben, den Schaden ganz gewiß nicht ersetzen würden, wenn sie ihrer ersparten Groschen in einer Leipziger oder anderen Bank verlustig gingen. Unsere Oppelner Volksbank hatte im letzten Jahre einen Umsatz von ungefähr einer Million Mark, und hebt sich im Allgemeinen von Jahr zu Jahr. Alle Revisionen, sowohl die privaten als die amtlichen hatten zu Ausstellungen keine Veranlassung gegeben und stellten das Zeugniß aus, daß die Bank musterhaft geleitet werde. Die Agitation unter den Beamten kann uns keinen Schaden verursachen, denn sie zahlen in die Volksbank nicht soviel Geld ein, als wie sie von ihr borgen. Dieser Umstand ist erklärlich, wenn man in Erwägung zieht, daß namentlich die unteren Beamten (welche hierbei hauptsächlich in Betracht kommen) nicht ein so großes Einkommen haben, daß sie davon viel zurücklegen könnten.

Unsere Bank steht hauptsächlich auf der Grundlage, welche sie durch den unabhängigen Landmann, Handwerker oder auch Gewerbetreibenden erhält. Und daß die Bank allgemeines Vertrauen besitzt, beweist am Besten, daß sogar die Deutschen von Nah und Fern ihre Ersparnisse bei ihr anlegen, besonders seit der Zeit, da die deutschen Krache (krachów) weltberühmt geworden sind. Man ersieht hieraus, daß die deutschen Kreise schnell ihre Aufmerksamkeit auf die Bank lenkten, als sie sich Ansehen und Respekt verschaffte, was uns nicht im Geringsten traurig, sondern nur freudig machen kann. Von anderer Seite aus betrachtet, sehen wir jedoch, wie sich die Agitation der Sakatisten überall hineindrängt, um die polnische Volksbewegung zu untergraben, sei es auf dem Felde der Politik oder der Oekonomie. Ziehen wir hieraus eine Lehre und halten wir zusammen! Möge ein Jeder zu den Seinen gehen, möge ein Jeder die Seinen unterstützen, — halten wir zusammen in einträchtiger und ausdauernder Arbeit, dann werden uns selbst die Sakatisten Nichts anhaben können.

Aus Nr. 73 der Nowiny Raciborskie
vom 26. Juni 1902:

Ratibor, den 25. Juni 1902.

Der Pfarrer Kotulinski hat in seinem bekannten Briefe, in welchem er jegliche Germanisierung verdammt, auch die Kriegervereine verdammt. Nicht deshalb, weil sie Kriegervereine sind, sondern weil sie, die einen offener, die anderen verborgener, zum Protestantismus neigen. Wie zum Beweise der Ansicht des Herrn Pfarrers Kotulinski kam kurz darauf in Slawentschitz der Fall vor, daß die katholischen Kriegervereinsmitglieder den Gottesdienst in der protestantischen Kirche aus Höflichkeit deswegen besuchten, weil zwei oder drei protestantische Vereinsmitglieder vor etwa einem Jahre dem Gottesdienste in der katholischen Kirche beizuhöhen. Hundert katholische Mitglieder erwiesen also 2 oder 3 protestantischen Mitgliedern eine derartige Höflichkeit. Daraus folgt, daß, wenn es schon soweit gekommen ist, man nach einigen Jahren mit demselben Rechte der Höflichkeit die Kinder protestantisch erziehen wird.

Der Kriegerverein ist kein religiöser Verein, Niemandem steht daher das Recht zu, katholische Vereinsmitglieder in den protestantischen Gottesdienst zu ziehen. Der Slawentschitzer Fall kann sich aber leicht anderswo wiederholen, d. h. daß die protestantischen Kriegervereinsmitglieder den Verein zu protestantischen Zwecken ausnützen können. Die Gefahr ist eine um so größere, als an der Spitze der Kriegervereine meistens gediente Offiziere protestantischen Glaubens stehen. Es ist zwar richtig, daß die Mitglieder, wie uns von verschiedenen Seiten mitgetheilt wurde, selten in einem Vereine so viel Vergnügen haben, als in den Kriegervereinen und zwar aus dem Grunde, weil dort die militärische Kameradschaft sie verbindet. Der Herr Pfarrer Kotulinski und verschiedene andere katholische Geistliche haben vollständig Recht, wenn sie sich um die Zukunft derjenigen Schäflein kümmern, welche sich dort zusammenscharen, weil dort, wie wir soeben nachgewiesen haben, protestantischer Geist weht. Gründer dieser Vereine ist ja, wie dies Jedem bekannt ist, der verstorbene Bismarck, der größte Verfolger der katholischen Kirche. Er gründete sie gerade in jener Zeit, als der schreckliche Kulturkampf begonnen hatte. Die katholische Geistlichkeit

hat auf diese Vereine gar keinen Einfluß. Man kann es den katholischen Geistlichen nicht verargen, daß sie zur Gründung polnisch-katholischer Vereine auffordern, in welchen unser heiliger Glaube und die Muttersprache vor verschiedenen krummen Wegen sicher sind. Um so mehr muß es jeden um die Zukunft unseres katholischen Glaubens besorgten Mann und Priester betrüben, wenn es auch Geistliche giebt, welche die Kriegervereine unterstützen. . .

Kann das dem katholischen Glauben zum Vortheil gereichen, wenn die Leute, selbst die einfachsten Arbeiter, sehen, wie die einen Geistlichen die Kriegervereine verdammen, die anderen sie unterstützen? Was soll das polnische Volk dazu sagen? Viele sind bereits der Ansicht, daß, wenn jetzt ein neuer Kulturkampf entbrennen sollte, sich mehr Staatspfarrer finden würden, als damals.

Aus Nr. 147 des Dziennik Śląski

vom 29. Juni 1902:

Die katholische Geistlichkeit in Oberschlesien als Bundesgenosse der preussischen Regierung.

Der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Fürst Sasfeld, hatte im Herrenhause während der Beratungen über die antipolnische Viertelmilliardenvorlage in seiner bekannten Rede die Hoffnung ausgesprochen, daß die katholische Geistlichkeit in Oberschlesien bei der Bekämpfung der polnischen Agitation, welche Fürst Sasfeld als eine „gewissenlose und radikale“ zu bezeichnen beliebte, behilflich sein werde. Diese Aeußerung ist bis jetzt von keiner deutschen katholischen Zeitung angegriffen worden, auch die Schlesische Volkszeitung, welche doch als das Organ eines großen Theiles der ober-schlesischen Geistlichkeit gilt, trat gegen sie nicht auf. Und doch ist die Sache, unserer Ansicht nach, äußerst wichtig, sie kann und darf ohne Antwort nicht bleiben, um so mehr, als die Worte aus dem Munde des Oberpräsidenten von Schlesien gefallen sind. Es ist dies nicht das erste Mal, daß hohe Staatsbeamte in den Kampf, welcher zwischen dem polnischen Elemente und dem preussischen System geführt wird, die ober-schlesische Geistlichkeit hineindrängen und sich auf sie als eine solche berufen, welche dem preussischen System bei seiner Bekämpfung des Bolenthums oder, wie es der Oberpräsident von Schlesien nennt, bei der Bekämpfung der gewissenlosen polnischen Agitation behilflich sein werde. Nach den Ministern, nach den hohen Staatsbeamten richten sich die Kataklysten, die kataklystischen Blätter und daher kommt es, daß die letzteren diejenigen Geistlichen, welche die polnischen und katholischen Blätter ihrer germanisatorischen Gelüste und Bestrebungen wegen zu bekämpfen als ihre Pflicht betrachten, in ihren besonderen Schutz und ihre besondere Obhut nimmt. Wir brauchen nur die berühmte Rattowitzer Zeitung zu lesen, um den Beweis für die vorstehende Behauptung zu liefern.

Die polnische Bevölkerung kennt die schwierige Lage der Geistlichkeit in den polnischen Landestheilen, sie weiß recht gut, daß ein Druck auf sie ausgeübt wird, damit sie zur weltlichen Germanisirung der polnischen Bevölkerung beitrage. Weil die polnische Bevölkerung Alles dies kennt, deshalb nimmt sie bei allen nationalen Kämpfen, soweit es angeht, auf die Geistlichkeit Rücksicht, um ihr nicht noch mehr Kummer zu bereiten und ihre an sich schon schwierige Lage nicht noch mehr zu erschweren. Die pol-

nische Bevölkerung will — ohne die Hilfe der Geistlichkeit — ihre polnische Existenz sich selbst sichern. Diese Rücksicht kennen die Deutschen nicht und wollen sie auch nicht kennen. Sie drängen die Geistlichkeit dazu, sich auf die Seite des Germanisirungssystems gegen die nationalen Interessen der polnischen Bevölkerung zu stellen. Dies bewies neuerdings der Oberpräsident von Schlesien, als er sagte, daß die Geistlichkeit ein Bundesgenosse der Regierung bei der Bekämpfung der „gewissenlosen polnischen Agitation“ sein werde.

Was diese „gewissenlose polnische Agitation“ ist, haben wir mindestens schon 100 Mal erklärt. Die polnische Agitation in Schlesien umfaßt die ganze national-polnische Bewegung in Oberschlesien. Die Bewegung stützt sich auf katholische Grundsätze und wird diese Stellung nicht verlassen. Den Geistlichen kann es im Interesse der katholischen Sache nicht daran liegen, diese Bewegung zu bekämpfen. Von der parlamentarischen Rednerbühne wird ihnen indessen verkündet, daß gerade sie die Verbündeten der preussischen Regierung, welche doch protestantisch ist, gegen die national-polnische Bewegung, die echt katholisch ist, werden sollen. Der Kampf zwischen dem preussischen System und dem polnischen Element unter preussischer Herrschaft spielt sich immer mehr zu und es ist keine Aussicht vorhanden, daß er nachlassen sollte, im Gegentheil, Alles spricht dafür, daß er eine noch schärfere Gestalt annehmen wird. Welche Stellung werden die Geistlichen in dem noch schärferen nationalen Kampfe einnehmen? Unlängst brachte ein bekannter ober-schlesischer Priester, Pfarrer Kotulinski, in unseren Blättern einen langen Artikel, in welchem er sich klar und deutlich über das Verhältniß der Geistlichen der polnischen Bevölkerung gegenüber aussprach und die Stellung klarlegte, welche sie in dem jetzigen nationalen Kampfe einnehmen sollen. Vor Allem warnte er seine Amtsbrüder vor jeglicher Germanisirung, sei es in, sei es außerhalb der Kirche, denn sie könne weder den Geistlichen etwas nützen, noch der katholischen Sache zum Vortheil gereichen. Verbündete der preussischen Regierung, wie dies Fürst Sasfeld sagte, können die Geistlichen in Oberschlesien nicht werden, dies dürfen sie nicht thun. Wenn sie Verbündete der preussischen Regierung werden sollten, müßten sie Gegner des polnischen Volkes werden. Dann müßte durch die Macht der Verhältnisse der Bruch zwischen den katholischen Geistlichen und dem polnischen Volke, welches doch katholisch ist, noch tiefer und größer werden, weil das Volk seine nationale Sache verteidigen muß und auch verteidigen wird. Ueber diese Lage müssen sich die Geistlichen genaue Rechenschaft ablegen. Wenn sie sich nicht offen auf die Seite der polnisch-nationalen Bewegung in Oberschlesien stellen wollen oder können, so mögen sie sich wenigstens jeglicher Germanisirung in und außerhalb der Kirche enthalten. Mögen sie zur Germanisirung nicht aufmuntern, nicht raten, den Kriegervereinen beizutreten, nicht das polnische Volk dem Deuthum zutreiben, mögen sie nicht mit Hilfe des Konfirmandenunterrichts germanisiren, sondern daran denken, daß sie Priester, Diener des Altars, Seelsorger und nicht Staatsbeamte sind. Nach dieser Richtung hin sieht es indeß bei uns in Oberschlesien recht traurig aus. Wir schrieben bereits einmal darüber, daß in keiner der vier östlichen Diöcesen der preussischen Monarchie es so viele Beschwerden und Klagen über die Germanisirung durch die Geistlichen giebt, wie bei uns in Oberschlesien. Gerade dieser Umstand muß die hohen Staatsbe-

amten dazu bewegen, daß sie sich auf die Geistlichen als die Verbündeten der preußischen Regierung bei der Bekämpfung der polnischen Agitation beziehen. Die polnische Agitation in Schlesien wird Niemand aufhalten, weder die preußische Regierung noch das preußische System, weder die Katakistten, noch die geistlichen Germanisatoren. Die obererschlesischen Geistlichen müßten die Lage kennen, denn sie leben unter dem polnischen Volke und kommen mit ihm in Berührung. Wenn sie sie kennen und trotzdem in der Weise verfahren, daß ihr Verhalten den Oberpräsidenten zu der Hoffnung veranlaßt, die Geistlichen würden Verbündete der preußischen Regierung werden, dann ist ein solches Verhalten ein unverzeihlicher Leichtsinns eben mit Rücksicht auf das Interesse der Kirche und der katholischen Sache. Die preußische Regierung ist protestantisch und sie wird es auch bleiben und als solche kann sie nicht Busenfreundin der katholischen Sache und der katholischen Kirche werden. Die polnische nationale Bewegung ist wahrhaft katholisch und wird im Falle eines Kampfes mit der Kirche stets auf der Seite der Kirche, der katholischen Sache stehen. Die obererschlesische Geistlichkeit hat keine doppelte Wahl. Sie hat nur die eine Wahl, nämlich, sie kann und darf nicht Verbündete der preußischen Regierung bei der Bekämpfung der polnischen Bewegung sein, denn sie müßte in diesem Falle gegen das polnisch-katholische Element auftreten.

Wir haben darüber schon wiederholt geschrieben, wir machen fortwährend darauf aufmerksam, und hielten gerade jetzt, mit Rücksicht auf die Rede des Oberpräsidenten von Schlesien, es für unsere Pflicht, vorstehende Bemerkungen sowohl zur Information unserer Leser, der ganzen polnischen Bewegung in Oberschlesien, als auch zur Warnung derjenigen Geistlichen, die das angeht, zu bringen.

Aus Nr. 25 der Praca (Beiblatt zum Katolik)

vom 24. Juni 1902:

Stolarzowiz.

Am vergangenen Sonntag, den 15. Juni d. J., fand im Szejerbasken Saale eine von dem Beuthener gegenseitigen Unterstützungsverein einberufene Arbeiterversammlung statt. Sie war wenig zahlreich besucht, da die entfernt wohnenden Arbeiter des schlechten Wetters wegen sich leider nicht betheiligen konnten. Den Vorsitz in der Versammlung führte das Vorstandsmitglied Johann Dombrowski aus Roßberg, welcher, unter Hinweis auf die gegenwärtigen politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse, die Arbeiter dringend zur Organisation aufforderte, damit die bevorstehenden schlechten Zeiten sie nicht unvorbereitet anträfen. Es naheten nämlich Zeiten der Kämpfe und der Krisis auf dem Gebiete der sozialen Wirtschaft, die Arbeiter müßten also ihr Interesse wahrnehmen und sich beizeiten organisieren, denn nur dann würden sie aus den Kämpfen und der Krisis siegreich hervorgehen, wenn sie sich zu einer starken Kette zusammenschließen, welche keine kapitalistische Macht zu brechen im Stande wäre. Der in der Versammlung anwesende Generalsekretär des Vereins, Herr Koczynski, erklärte den Versammelten die Nothwendigkeit der Arbeiterorganisation, um auf die Verbesserung der Arbeitergesetzgebung einzuwirken. Letztere halte es nämlich noch sehr mit den Kapitalisten und nehme diese mehr in Schutz, als die Arbeiter. Die zwangs-

weisen Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten seien zwar einigermaßen nützlich, doch die Arbeiter könnten und verstünden sie nicht derart auszunützen, wie dies für sie wünschenswerth wäre. Die Arbeiter legten in die Kassen viel Geld ein, doch diese machten Schwierigkeiten, wenn der Arbeiter das Seinige fordere. Dagegen unterhielten die Kassen ein ganzes Heer von Beamten, welche der Ansicht seien, der Arbeiter lebe von ihrer Gnade, während die Sache sich umgekehrt verhalte, da die Beamten von den seitens der Arbeiter eingezahlten Beträgen lebten. Andererseits verstünden die Arbeiter oftmals aus Unkenntniß nicht, von ihren Rechten den richtigen Gebrauch zu machen. Allen diesen Mängeln und Unzuträglichkeiten könnten die Arbeiter selbst vorbeugen, wenn sie einer starken Organisation angehörten, welche sie gegebenenfalls durch Rath und That unterstützen könnte. Jedenfalls würde die Organisation sie aufklären, indem sie ihnen das Bewußtsein nicht nur von ihren Pflichten, sondern auch von ihren Rechten und auch davon beibrächte, daß sie in der sozialen Kette das mächtigste und wichtigste Glied bildeten.

Eine derartige Organisation aber sei in Oberschlesien der „Beuthener gegenseitige Unterstützungsverein“. Brüder! Tretet dem Verein möglichst zahlreich bei, belehret die unwissenden und schlummernden Mitbrüder und redet ihnen zu, daß sie sich anschließen, damit unsere Organisation wachse und gedeihe.

Aus Nr. 25 der Praca (Beiblatt zum Katolik)

vom 24. Juni 1902:

Dubiensko grube.

Wir haben hier einige Beamte, welche uns deshalb mißfallen, weil sie während der Arbeit und auch schon auf dem Wege zur Arbeit auf uns schimpfen. Anstatt uns: „Glück auf! Vergleute!“ zuzurufen, bekommen wir zu hören: „Verfluchte Schweine“ u. s. w. Herr Obersteiger Latacz könnte das Fluchen verbieten. . . . Ferner verlangen wir Trinkwasser, denn dasjenige, welches wir erhalten, ist nicht zu genießen. Es befindet sich unten im Schacht, aber es schmeckt wie Sauche. Es müßte ein gutes, gesundes Trinkwasser und obendrein in Wasserkannen auf jeder Strecke sein.

Aus Nr. 26 der Praca (Beiblatt zum Katolik)

vom 1. Juli 1902:

Königshütte

Die Brüder Arbeiter aus Königshütte erinnere ich nochmals daran, daß die Wahlen zum Schiedsgericht am Montag, den 7. Juli, stattfinden werden. Brüder, agitieren wir für die Wahl solcher Beisitzer, welche sich unserer Sache gründlich annehmen und unsere Erwartungen nicht täuschen werden. Nur wenige Tage trennen uns von der Wahl, es ist also die höchste Zeit, daß sich die Arbeiter untereinander verständigen, welche Kandidaten sie wählen sollen. Brüder! Seien wir einmüthig und beweisen wir Allen, daß auch wir Arbeiter in Oberschlesien die Wichtigkeit der Wahlen zu beurtheilen verstehen. Die Arbeiterangelegenheiten werden nur dann gehörig berücksichtigt werden, wenn in dem gewerblichen Schiedsgericht unabhängige Richter aus dem Arbeiterstande sein werden.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 4 (Zulnummer) des Sokol:

Berlin II. Moabit.

Vier Jahre lang waren wir eine Abtheilung des Berliner Sokolvereins. Im letzten Jahre entstand im Kreise der Kameraden der Gedanke, einen besonderen Verein zu gründen, was auch zu Beginn des Januar d. Js. geschah. Der Verein hat uns zur allgemeinen Zufriedenheit der Kameraden ausgestattet. Er zahlte uns für ein ganzes Jahr die Kosten für die Benutzung der städtischen Turnhalle im Betrage von 135 Mark, schenkte uns zur Bestreitung der ersten Ausgaben 30 Mark baar, alle Utensilien und Bücher zur Kasienführung, zur Schriftführung, für die Bibliothek und für die Geschäfte des Geräthewarts im Werthe von 15 Mark, zwei Sparbüchsen, in denen sich 21 Mark befanden, einen Bibliothekschrant im Werthe von 40 Mark, einen Kasten zur Aufbewahrung der Utensilien im Werthe von 23 Mark, zusammen erhielten wir also eine Summe von 264 Mark. Man hat uns also väterlich ausgestattet, wofür wir an dieser Stelle den Berliner Kameraden mit dem Sokolgruße danken. Mitte Januar fand die Generalversammlung statt. Es wurden gewählt: Johann Schmidt zum Vorsitzenden, Joseph Bartosiewicz Vertreter, Marjan Rakowski Schriftführer, Maximilian Wolkowicz Vertreter, Martin Kolaski Kasienführer, Peter Regel Turnwart, Paul Wrozowski Vertreter, Konstantin Lukomski Bibliothekar, Leon Perski und Johann Jndowicz Beisitzer. Der Verein zählt 38 Mitglieder, davon zwei Drittel aktive Turner. Es ist das leider eine kleine Schaar solcher, welche die Tragweite des Sokolthums verstehen, gegenüber den mehreren Tausend in Moabit wohnhaften Landsleuten. Wir haben unter uns auch solche Kameraden, welche Zeit haben und gute Turner sind, bisher aber trotz Mahnungen ihrer Sokolpflicht nicht gerecht werden.

Aus Nr. 4 (Zulnummer) des Sokol:

Dortmund

ist dem Verbande beigetreten, sodaß der Gau VII gegenwärtig 11 Vereine zählt. Vorsitzender des Vereins ist der Kamerad Photograph Pierzkalski, Schriftführer J. Francowiaf.

Weshalb Bochum, Crone a. Br., Kurnik, Rattowitz und Löbau mit dem Beitritt säumen, ist uns nicht bekannt.

Aus Nr. 4 (Zulnummer) des Sokol:

Eine Versammlung des Gaus VII (rheinisch-westfälischen)

hat am 18. Mai in Wanne stattgefunden. Den Vorsitz führte Kamerad Joseph Dera-Oberhausen. Beschlossen wurde, daß jeder Sokol 50 Pfennige Eintrittsgeld zur Bestreitung der Kosten des Gautages zahlen soll. Der Goutag wird am 13. Juli in Oberhausen stattfinden, da Wanne ihn nicht veranstalten konnte. Neckendorf sprach gegen den Goutag mit Rücksicht auf die großen Kosten und die finanzielle Armuth der Vereine. Es wurde beschlossen, daß jeder Verein 10 Mark Kaution für die Kosten des

Gautages zahlen soll. Oberhausen stellte den Antrag, eine Goutasse zu gründen. Es wurde beschlossen, Prämien für die guten Turner auszusetzen. Beiträge zu diesem Zweck spendeten die Kameraden Kunz, Kaczmarfiewicz, Jerczynski, Barciniaf und Bruchhausen. Vertreten waren: Oberhausen I und II, Neckendorf, Castrop, Herne, Watenfcheid, Bruchhausen, Wanne und Laar. Nicht vertreten waren Bruch, Dortmund und Laar.

Josef Dera,

Vorsitzender.

J. Wlodarczynk,

Schriftführer.

Aus Nr. 79 des Wiarus Polski

dom 2. Juli 1902:

Die Polen in der Fremde. Aus dem Leben der polnischen Sommer- Arbeiter im Westen Deutschlands.

In der Umgegend der Stadt Holzminden (Braunschweig) halten sich während der Sommerszeit im Umkreise von einer Meile ungefähr 400 polnische Arbeiter auf, welche auf großen Besitzungen und Rittergütern arbeiten. Namentlich kommen in die hiesige Gegend Mädchen aus allen drei Landestheilen. Die Verhältnisse, unter denen sie leben müssen, sind zum größten Theil in moralischer Beziehung und mitunter auch in Rücksicht auf den Lohn, den sie erhalten, recht traurige.

Die verlassene Jugend, welche sich vom elterlichen Auge nicht bewacht fühlt und welche auch die Ermahnungen der Geistlichen schon so lange nicht in der Muttersprache gehört hat, geräth oft auf schreckliche Irrwege. Nicht weniger findet eine Abnahme ihrer guten Eigenschaften in der lutherischen Umgebung statt. Mitunter schleicht sich in rein katholischen Gegenden in unser Volk eine so große Saumseligkeit in der Ausübung ihrer religiösen Pflichten ein, daß es manchmal Sonn- und Feiertags nicht zur Kirche geht, trotzdem sich die Kirche sogar im selben Orte befindet. Dafür fehlt es am Nachmittage nicht an Musik und Tanzvergnügen. Diese Leute bedürfen durchaus mehr Religionsunterricht und größerer Fürsorge von Seiten der eigenen, polnischen Seelsorger. Die Letzteren müßten die fortziehenden Arbeiter über die ihnen in der Fremde drohenden Gefahren belehren und sie dazu bewegen, in größerer Anzahl aus einer Pfarodie nach einem Orte zu fahren; auch müßten sie dafür sorgen, daß sich in ihrer Mitte ältere Personen befänden, die über die Jüngeren und Unerfahrenen wachten und nach Rückkehr in die Heimath über die Erziehung der Jugend Rechenschaft ablegten. Durch Korrespondenz und Uebersendung der Sonntagszeitungen müßten die Seelsorger den Sommer hindurch mit ihren Leuten in der Fremde eine gewisse Fühlung haben, um Einfluß auf sie ausüben zu können, und ihnen auf diese Weise Ermahnungen sowie Belehrungen zu Theil werden zu lassen.

Wenn man den Verdienst in Betracht zieht, so leben die Leute hier mitunter in recht ungünstigen Verhältnissen. In einem gewissen Orte arbeiten z. B. Leute aus Oswiencim in Galizien, welche der Agent mit 80 Pfennig Tagelohn nebst Unterhalt miethete; und für solche elende Bezahlung muß unser Volk vom frühen Morgen bis zum Abend wie das Vieh arbeiten. Die hiesigen Arbeiter verdienen noch einmal soviel; aber der mit den Verhältnissen nicht vertraute polnische Arbeiter geht auf die ihm gegebenen Bedingungen ein und arbeitet mitunter fast umsonst. Und die Wohnungen, welche

sie in diesem Orte haben, sind geradezu schauerhaft. Die Stuben sind sehr klein; die außergewöhnlich kleinen Fenster lassen nicht genügend Licht eindringen und die schrecklich rauchenden Defen erzeugen eine solch erstickende Luft, daß diese Räume mehr Ställen als Wohnungen gleichen. In der Nähe dieser Wohnungen befinden sich prächtige Stallungen. Beim Anblicke dieser Stallungen erfüllt es den Menschen mit Bohn, denn er sieht, daß mit unserem Volke mitunter ärger umgegangen wird, als mit dem unverständigen Vieh; daß es auf schändliche Weise ausgenutzt wird. Der Arbeiter aus Galizien ist, wie bekannt, in Folge der traurigen ökonomischen Verhältnisse seines Landes an verschiedene Unbequemlichkeiten von Jugend auf gewöhnt, aber in den hiesigen finsternen und veräucherten Löchern konnten es sogar ihre abgehärteten Naturen nicht aushalten; beinahe alle sind in Folge der ungesunden Wohnungen erkrankt. Muß unter solchen Umständen nicht auch die Moral leiden? O Unglück! Die Leute sparen sehr fleißig; sie schaffen sich mitunter nicht einmal die nöthigste Kleidung an. Vor einigen Wochen starb in der hiesigen Gegend ein Mädchen in der Blüthe der Jahre an durch Bleichsucht hervorgerufener Entkräftung; ein anderes Mädchen erkrankte an gleichen Symptomen. Daß sich um solch ein armes Wesen selten Jemand in gehöriger Weise kümmert, braucht man gewiß nach den oben wiedergegebenen Einzelheiten nicht näher zu erörtern. Schade ist es um das Leben, um die Gesundheit und um die Tugend unseres Volkes in der Fremde.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 153 der Nowa Reforma
vom 6. Juli 1902:

Treuunterthänige Trauer.

Die uralte Stadt des Chrobry und des Przemyslaus, die Residenz Großpolens, wird im September der Schauplatz rauschender — jedoch nicht polnischer Feste bilden. In den ersten Tagen dieses Monats kommt Kaiser Wilhelm nebst Gemahlin und seinen zahlreichen Kindern, mit Ministern und ganzem Hofstaat nach Posen, um eine Heerschau über den Posener Hafatismus abzuhalten, um der

Welt zu zeigen, daß er auch über diesen Theil der Monarchie der Herr von Gottes Gnaden ist und um noch einmal in einer langen Rede die „hochmüthigen und frechen“ Polen niederzuschmettern, ihnen mit eiserner Faust zu drohen und des Weiten und Breiten auseinanderzusehen, mit welchen Mitteln seine Regierung Alles vernichten werde, was für sie werth und heilig ist und um sie, die Polen, mit den Wohlthaten der preussischen Gerechtigkeit und Kultur zu beglücken. . . . Ganz Polen ist gespannt darauf, welche Stellung die polnischen Unterthanen Preußens dem Kaiserbesuch gegenüber, dessen Zweck der Monarch selbst in seiner Marienburger Rede schilderte, einnehmen werden. . . Nach langen Berathungen haben die polnischen Abgeordneten des Provinzial-Landtages beschlossen, eine Einladung zu den Festlichkeiten nicht anzunehmen und dies in einer schriftlichen Erklärung dem Oberpräsidenten der Provinz kundzugeben. . . . Es ist mir zu wünschen, daß diese Stellung der polnischen Provinzial-Landtagsmitglieder ein Fingerzeig für die ganze polnische Gesellschaft in diesem Landestheil werde. Irgend eine andere Demonstration würde nicht angebracht sein, der einzige würdige und zeitgemäße Ausdruck wird der sein, daß die Polen sich vollständig zurückziehen. Mögen sie sich an diesem Tage zu Hause einschließen und die Fenster verhängen, damit der Herrscher Deutschlands auch nicht ein polnisches Antlitz sehe. Mag er den denkwürdigen Augenblick unter den Seinen verleben. — Die Polen werden sich dadurch den Schmerz ersparen, welchen die Orgien des übermüthigen Hafatismus in dem uralten polnischen Sihe in ihren Herzen hervorrufen mußten, gleichzeitig werden sie aber ihre treuunterthänige Pflicht erfüllen, indem sie die für den Monarchen so freudigen Festlichkeiten nicht stören. Mögen die an diesem Tage leeren Posener Straßen ein zweifaches Zeugniß ablegen: erstens, daß die Festlichkeiten der deutschen Macht über die Lande des Chrobry für die Polen etwas ganz Fremdes seien, zweitens, daß sie als Unterthanen in Folge des nicht verdienten Hohnes des Monarchen schmerzlich berührt seien. Vielleicht wird das den Nachkommen Desjenigen, welcher diese Landestheile an sich gerissen hat, davon überzeugen, wie schwach seine Besitzrechte an dieses Land sind und gleichzeitig auch davon, daß er sich die Herzen seiner Einwohner nicht zu gewinnen vermochte.